



Berlin-Brief Nr. 347

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche
von Josip Juratovic MdB

17. November 2023



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

der Herbst geht bekanntlich politisch heiß einher. Die Regierung liefert und das Parlament beschließt Tag für Tag, Sitzungswoche um Sitzungswoche – um die Weichen einer progressiven Zukunft zu stellen.

Ein wichtiger Beschluss war unter anderem die klare Kante von Nancy Faeser: Unsere Bundesinnenministerin hat die Hamas verboten, weil ihre Aktionen und Ziele Strafgesetzen zuwiderlaufen und sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten. Denn nichts, aber auch gar nichts, rechtfertigt den Terror der Hamas. Israel hat das Recht, sich und seine Bürger:innen gegen Terrorattacken zu verteidigen. Zugleich tun Deutschland und seine Partner mit allen Mitteln und Möglichkeiten der Diplomatie alles dafür, um eine Eskalation des Konflikts zu verhindern. Dazu gehört letztlich auch, das Gespräch mit unbequemen, aber wichtigen geopolitischen Akteuren in der Region, wie der Türkei, zu suchen.

Für ein gewaltfreies Leben für Frauen

Am 25. November ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Noch immer gehört geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen zur bitteren Realität – weltweit und auch in Deutschland. Die Zahl der Gewalttaten gegen Frauen innerhalb von Partnerschaften, aber auch in Form von Hassreden ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Wir machen uns dafür stark, dass sich das ändert – für ein gewaltfreies Leben für Frauen.

Als wichtigstes völkerrechtliches Instrument im Kampf gegen Gewalt an Frauen werden wir die Istanbul-Konvention mit einer staatlichen Koordinierungsstelle vollständig umsetzen. Frauen, die von Gewalt betroffen sind, brauchen verlässlichen Schutz. Dafür braucht es Frauenhausplätze, die bedarfsgerecht zur Verfügung stehen und verlässlich sowie bundeseinheitlich finanziert sind. Der Bund wird sich an der Regelfinanzierung beteiligen. Wir unterstützen bereits den bundesweiten Ausbau von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen.

Im Strafrecht haben wir klargestellt, dass geschlechtsspezifische Tatmotive zu höheren Strafen führen. Wird eine Frau getötet, weil sie eine Frau ist, muss dies als Femizid anerkannt und als Mord aus niedrigen Beweggründen bestraft werden. Justiz und Strafverfolgungsbehörden wollen wir im Umgang mit frauenfeindlicher Gewalt noch besser sensibilisieren. Digitaler Gewalt werden wir bald mit einem eigenen Gesetz begegnen.

Über ein Jahr nach dem Tod von Jina Mahsa Amini im Iran geht das dortige Regime weiterhin brutal gegen Demonstrierende vor. Erst kürzlich ist eine 16-jährige Schülerin nach einer Konfrontation mit der Sittenpolizei gestorben. Wir verurteilen dieses menschenverachtende Vorgehen und stehen solidarisch an der Seite derjenigen, die mit ihrem unfassbaren Mut für eine freie Gesellschaft kämpfen.

Wir modernisieren das Namensrecht

Weil ich weiß, dass es viele betrifft, denn: Namen zeigen Zugehörigkeit und bedeuten Identifikation. Das geltende Namensrecht ist nicht nur restriktiv, sondern wird den vielfältigen Lebensrealitäten von Familien nicht mehr gerecht und spiegelt überholte Rollenbilder wider. Dies soll ein Gesetzentwurf der Bundesregierung nun ändern und mehr Freiheit und Flexibilität ermöglichen. Damit erweitern wir die Wahlmöglichkeiten und erleichtern Namensänderungen. Wir sorgen so für ein moderneres Familienrecht und passen es an die Entwicklung in anderen europäischen Staaten an.

Künftig sollen u.a. echte Doppelnamen für Ehegatten und Kinder möglich sein. Ehepaare können einen gemeinsamen Ehenamen führen – also einen Doppelnamen, der sich aus beiden Familiennamen zusammensetzt. Dies ist derzeit nicht möglich. Auch können Eltern, egal ob verheiratet oder nicht, den gemeinsamen Kindern einen aus ihren Familiennamen zusammengesetzten Doppelnamen geben und ihren Nachnamen jeweils behalten. Zur Vermeidung von Namensketten wird der Doppelname

auf zwei Namen beschränkt. Auch Namensänderung bei Scheidungs- und Stiefkindern werden künftig erleichtert.

Wir haben den Gesetzentwurf der Bundesregierung am Donnerstag in 1. Lesung beraten, in Kraft treten sollen die neuen Regelungen möglichst am 1. Mai 2025.

Ihnen und Euch wünsche ich weiterhin schöne Herbsttage und ich freue mich auf interessante Begegnungen im Wahlkreis.

Ihr/ Euer



Termine

19.
NOV

Gedenkfeier anlässlich des Volkstrauertages

Otto-Klenert-Schule, Bad Friedrichshall

19.
NOV

Grußwort bei der Jubilarfeier SPD Heilbronn-Stadt

Alte Kelter Sontheim, Heilbronn

24.
NOV

Kreisversammlung der Europa-Union

Heilbronn

Bild der Woche



"Als Vorsitzender der Parlamentariergruppe Südosteuropa setze ich mir wichtige Schwerpunkte in den über-fraktionellen Gesprächsrunden. Ein Kernanliegen ist mir hierbei die Demokratisierung der westlichen Balkan-Region als bedeutender Sicherheitsfaktor für Europa. Es braucht ein echtes, ein gesundes Wachstum demokratischer Werte – im Kleinen wie im Großen."



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten?

[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)